



Sichere Autos verlangen verantwortungsbewusste und qualifizierte Arbeit: Rund 32 000 Menschen zählt das niedersächsische Kfz-Gewerbe.

Fotos (3): Schmidt/Novum

Nachgefragt



Lothar Ewald (55) ist Verhandlungsführer der IG Metall für das Kfz-Gewerbe in Niedersachsen.

metallzeitung: Was will die Kampagne erreichen?

Lothar Ewald: In Niedersachsen gibt es mit den Innungen, dem Unternehmensverband und einzelnen Autohäusern unterschiedliche Verhandlungspartner. Wir haben zwar in zähen Verhandlungen nahezu gleich lautende Tarifabschlüsse für Innungen wie Verband erreicht, dennoch ist es eben kein einheitlicher Flächentarifvertrag. Mit der Kampagne zeigen wir den Beschäftigten, dass sie nicht allein sind und dass es lohnenswert ist, sich zu organisieren. Und wir wollen die Weitsicht der Arbeitgeber schärfen. Wer auf Lohndumping und sinkende Standards setzt, wird langfristig seine besten und motiviertesten Mitarbeiter verlieren. Damit untergräbt das Unternehmen seine Existenzgrundlage.

Kfz-Kampagne gegen Tariffucht

Im niedersächsischen Kfz-Gewerbe hat die IG-Metall die Kampagne »Sicherheit braucht Tarifverträge« gestartet. Es ist die Reaktion auf den Versuch der Arbeitgeber, bundesweit das bisherige Gefüge der Flächentarifverträge zu ihren Gunsten auszuhebeln.

Die Tariffucht ist von langer Hand vorbereitet: In Ostdeutschland kündigen die Landesinnungsverbände 2004 alle Tarifverträge und erklären sich als nicht mehr zuständig. Zeitgleich wird von ihnen die Tarifgemeinschaft Mitteldeutsches Kraftfahrzeuggewerbe (TG MDK) gegründet. Gleiches geschieht 2005 auch in Niedersachsen. Hier dient sich der Unternehmensverband als neuer Verhandlungspartner an. Doch selbst auf Arbeitgeberseite ist das Interesse an dem neuen Konstrukt verhalten. Rund ein Drittel der Betriebe wechselt bislang dorthin.

Das hindert die Arbeitgeber nicht, Ostdeutschland und Niedersachsen als bundesweit nachahmenswertes Muster zu propagieren. Diese Empfehlung gab der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK). In Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und im Tarifbezirk Küste wurden die Tarifverträge bereits gekündigt. Doch Gegenwehr lohnt sich.

Denn nach Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen und im Tarifbezirk Küste gaben die Arbeitgeber dort klein bei: Die Kündigungen wurden zurückgenommen. Mit zum Erfolg beigetragen hat die bundesweite Kampagne »Sicherheit braucht Tarifverträge im Kfz-Betrieb« der IG Metall. Einhellige Meinung: Die Kampagne hat das Solidaritätsgefühl geweckt. Lothar Ewald, Verhandlungsführer der IG Metall für das Kfz-Gewerbe in Niedersachsen: »Die Beschäftigten spüren hautnah, dass ihre Aktionen etwas bewirken. Viele sind Mitglied der IG Metall geworden. Das stärkt die Arbeitnehmerposition.«

Insgesamt gibt es in Niedersachsen knapp 3600 Kfz-Betriebe mit rund 32 000 Beschäftigten. Gut die Hälfte von ihnen arbeitet in tarifgebundenen Unternehmen. Zum Start der Tarifverhandlungen im niedersächsischen Kfz-Gewerbe kommt jetzt

auch die Kampagne ins Rollen. Lothar Ewald: »Wir wollen die Beschäftigten mobilisieren und die Öffentlichkeit informieren. Tarifverträge haben eine wichtige Funktion, denn sie geben beiden Seiten Sicherheit.«

Nach den guten Erfahrungen in den anderen Tarifbezirken hofft Ewald, dass die Info-Offensive auch in Niedersachsen neue Mitglieder mobilisiert und Betriebe in die Tarifbindung zurückführt. Teil der Kampagne ist auch eine Fachtagung für die Betriebsräte niedersächsischer Kfz-Betriebe. Sie findet am 27. Februar statt. Die Tarifsituation wird auch dort Thema sein. ■

Mit einem Logo wirbt die IG Metall für die bundesweite Kampagne im Kfz-Gewerbe.



INITIATIVE IN SACHSEN-ANHALT MACHT DROHENDEN MANGEL ZUM THEMA

Fachkräfte immer öfter gesucht

In Sachsen-Anhalt zeichnet sich eine Wende auf dem Arbeitsmarkt ab. Es wird wieder vermehrt eingestellt. Doch viele Betriebe haben ein Problem: Sie finden kaum qualifizierten Fachkräfte.

In Regionen wie dem Jerichower Land oder der Börde ist es für Personalleiter fast die Suche nach der sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen. Trotz noch hoher Arbeitslosigkeit finden sie kaum gut ausgebildeten CNC-Fachkräfte, Mechatroniker oder Schweißer. Auch Ingenieure und Führungskräfte sind Mangelware. Für Hartmut Meine, IG-Metall-Bezirksleiter Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, kommt dies nicht überraschend: »Viele gut ausgebildete Fachkräfte wandern auf Grund der deutlich besseren Arbeitsbedingungen in westliche Bundesländer ab.« Der demografische Wandel werde dies noch verstärken, so Meine. Denn in den kommenden Jahren halbiert sich nicht nur die Zahl der Schulabgänger, sondern bis etwa 2012 scheiden die geburtenstarken Jahrgänge aus den Betrieben aus.

Mit einer Fachkräfteinitiative für Sachsen-Anhalt hat die IG Metall das Thema schon im ver-

gangenen Jahr aufgegriffen. Das Wirtschaftsministerium und Arbeitgeber haben grundsätzlich ihre Unterstützung zugesagt.

Kurzfristig geht es darum, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen und eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden zu erreichen. Zudem müssen Erwerbslose die Chance bekommen, sich gezielt zu qualifizieren.

Doch mit der Initiative will die IG Metall über den Tag hinaus Wirkung erzielen. Sie fordert die Unterstützung von jungen Menschen, die praktische Ausbildung und Fachhochschulausbildung kombinieren wollen. Zudem sollen Betriebe gezielt Stipendien an Ingenieursstudenten vergeben, die nach Ende des Studiums dann für eine bestimmte Zeit im Unternehmen bleiben. Im Rahmen einer Kampagne des Landeswirtschaftsministeriums haben bereits zehn Unternehmen, überwiegend aus

der Metall- und Elektroindustrie, Stipendien für angehende Ingenieure vergeben.

Aber auch in den Betrieben soll die Initiative nachhaltig wirken. Schließlich kann dem Fachkräftemangel nur Paroli geboten werden, wenn die Abwanderung gestoppt wird. Damit schlägt die Stunde des von den Arbeitgebern immer wieder geschmähten Flächentarifvertrags. Wenn Arbeitskräfte bis 2012 knapper werden, wird sich vermehrt zeigen, welche ordnungspolitischen Wirkungen der Flächentarif hat.

Das Motto laute »zurück zum Flächentarifvertrag«, so Christiane Benner von der IG-Metall-Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: »Dazu werden wir jetzt verstärkt informieren. Schließlich ist es im eigenen Interesse der Betriebe, den Flächentarif anzuwenden, um so Arbeits- und Fachkräfte im Betrieb zu halten oder anzuwerben.« ■

IN KÜRZE

■ **Ansturm auf VW-Petition:** Die Beschäftigten bei VW kämpfen für das VW-Gesetz. Binnen zwei Wochen kamen bei Volkswagen mehr als 80 000 Unterschriften für eine Modernisierung des VW-Gesetzes zusammen. Der Europäische Gerichtshof hatte Teile des aus dem Jahr 1960 stammenden Gesetzes für nicht EU-konform erklärt. Mehrere für die Belegschaft wichtige Regelungen wurden jedoch nicht kritisiert. Ein erster Erfolg: Das Bundesjustizministerium legt einen Entwurf vor.

■ **Tarifforderung:** 5,5 Prozent mehr Einkommen und eine Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten – das hat die Tarifkommission der IG Metall als Tarifforderung für die Beschäftigten der Sanitär-, Heizungs-, Klima- und Klempnertechnik in Niedersachsen gefordert. „Die Forderungsempfehlung passt in die Landschaft, denn die Unternehmen haben 2007 ihre Umsätze deutlich steigern können“, so IG-Metall-Verhandlungsführer Wilfried Hartmann.

■ **Neu im Bezirk:** Dirk Schulze wird neuer Organisationssekretär im Bezirk. Seit elf Jahren ist der 37-jährige gelernte Industriekaufmann als Gewerkschaftssekretär in Wolfsburg tätig. Nach Abitur und abgeschlossener Ausbildung bei VW war Schulze dort zunächst JAV-Mitglied, zuletzt GJAV-Vorsitzender, bevor er 1996 zur Verwaltungsstelle Wolfsburg wechselte.

Nachgefragt



Christiane Benner (39), IG Metall, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

metallzeitung: Arbeitslosigkeit und dennoch Fachkräftemangel, wie geht das zusammen?

Christiane Benner: Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt gesunken, aber trotzdem sind einige Betriebe noch immer in einer schwierigen Situation. Der Flächentarifvertrag ist in der Vergangenheit unter Druck geraten. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und die Bereitschaft vieler Beschäftigten, sich in dieser Situation auf Einkommensverluste einzulassen, tun ein übriges. Im Klartext: In Sachsen-Anhalt wird zum Teil weniger verdient als in benach-

barten Bundesländern. Deshalb wandern vor allem junge Menschen und Fachkräfte verstärkt ab.

metallzeitung: Wie wird sich die Situation entwickeln?

Christiane Benner: Bisher berichten einzelne Betriebe vermehrt von einem Fachkräftemangel. Dies wird sich in Zukunft deutlich verschärfen, denn in den kommenden Jahren geht die Zahl der Schulabgänger drastisch zurück. Von etwa 35 000 im Jahr 2006 auf geschätzte 16 000 im Jahr 2009, also auch weniger potenzielle Azubis.

metallzeitung: Wie kann man gegensteuern?

Christiane Benner: Die Unternehmen müssen mehr in Aus- und Weiterbildung investieren; und wir müssen zurück zum Flächentarifvertrag. Wenn es gutes Entgelt für gute Arbeit gibt,

kann die Abwanderung gestoppt werden. Mit der Fachkräfteinitiative in Sachsen-Anhalt forcieren wir diese Punkte und informieren darüber.

metallzeitung: Was können Betriebsräte und Vertrauensleute vor Ort tun?

Christiane Benner: Es geht darum, die Unternehmen und die Beschäftigten über drohende Entwicklungen zu informieren und vor allem jetzt zu handeln. Das kann der Einsatz für mehr Ausbildung und gezielte Weiterbildung sein, das ist das Nutzen von Chancen, Betriebe zurück in den Flächentarifvertrag zu holen und es ist die Stärkung des Selbstbewusstseins der Beschäftigten. Der Schriftsteller B. Traven hat es einmal so formuliert: Ein Arbeiter, der sich anbietet, ist nur halb so viel wert, wie einer, den man sucht.



IMPRESSUM

IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Postkamp 12, 30159 Hannover, Telefon 0511-16 40 60, Fax 0511-16 40 650, Internet: igmetall-niedersachsen-anhalt.de, E-Mail: Norbert.Kandel@igmetall.de
Verantwortlich: Hartmut Meine, Redaktion: Norbert Kandel